



SRG-Initiative: Faktenblatt 1 – 21. Januar 2026

SRG-Initiative und Gegenprojekt des Bundesrats auf Verordnungsstufe

Gegenprojekt des Bundesrats auf Verordnungsstufe

- Dem Bundesrat geht die Initiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» zu weit. Er lehnt die Initiative ab.
- Der Bundesrat sieht aber bei der SRG einen gewissen Handlungsbedarf. Deshalb hat er ein Gegenprojekt zur Initiative auf Verordnungsstufe beschlossen. Damit muss die SRG sparen und ein reduziertes, aber trotzdem gutes Angebot bereitstellen. Zudem hat er bereits Eckwerte für die neue SRG-Konzession festgelegt. Dies soll privaten Medien mehr Spielraum geben.
- Der Bundesrat will Haushalte und Unternehmen entlasten. Er hat am 19. Juni 2024 die Anpassung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV)¹ beschlossen:
 - Haushaltabgabe: 2027 senkt der Bundesrat die Abgabe von 335 auf 312 Franken. 2029 bezahlen Haushalte noch **300 Franken**.
 - Unternehmensabgabe: 2027 befreit der Bundesrat einen weiteren Teil der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen, indem er die Limite für die Abgabepflicht von heute 500'000 Franken auf **1,2 Millionen Franken** hebt. Damit müssen neu weitere rund 65'000 Unternehmen keine Abgabe mehr entrichten.

Eine Abgabepflicht besteht ab 2027 nur noch für 20 Prozent der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen. Mit anderen Worten: Künftig bezahlt nur noch rund **jedes fünfte mehrwertsteuerpflichtige Unternehmen** eine Abgabe anstatt jedes dritten.

Sparauftrag an die SRG

Der Entscheid des Bundesrats geht mit einem Sparauftrag an die SRG einher. Das Budget der SRG wird bis 2029 um rund **17 Prozent reduziert**.

¹ [SR 784.401 - Radio- und Fernsehverordnung vom 9. März 2007 \(RTVV\) | Fedlex](#)

Mit dem Projekt «Enavant» ist die SRG daran, diesen Auftrag umzusetzen. Sie überprüft ihre Strukturen, Prozesse und Angebote. Die SRG wird bis 2029 insgesamt 900 Vollzeitstellen streichen.²

Der Bundesrat wird den Auftrag der SRG in der neuen Konzession schärfen

- Der Schwerpunkt der SRG soll künftig bei **Information, Kultur und Bildung** liegen. In den Bereichen Unterhaltung und Sport soll sie vor allem das anbieten, was private Schweizer Medien nicht abdecken.
- Online soll die SRG den Fokus stärker auf **Audio- und audiovisuelle Angebote** ausrichten. Im Online-Bereich will der Bundesrat weitere Einschränkungen im Textangebot prüfen.

Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

- Die SRG-Initiative will die Radio- und Fernsehabgabe für Haushalte von heute 335 auf maximal **200 Franken pro Jahr** senken.
- Die Initiative will **alle Unternehmen** von der Abgabepflicht befreien.
- Aus der Radio- und Fernsehabgabe sollen nur noch Radio- und Fernsehprogramme finanziert werden, die einen «**unerlässlichen Dienst für die Allgemeinheit**» erbringen.

Finanzielle Konsequenzen von Initiative und Gegenprojekt

Sowohl die SRG-Initiative als auch das Gegenprojekt des Bundesrats zielen darauf ab, die Haushalte und Unternehmen zu entlasten. Beide hätten Einfluss auf die Höhe der Mittel, welche die SRG künftig aus der Abgabe erhalten würde.

	Initiative	Gegenprojekt Bundesrat
Mittel der SRG aus der Abgabe	630 Millionen CHF	1,2 Milliarden CHF
Höhe der Haushaltabgabe	200 CHF	300 CHF
Unternehmensabgabe	entfällt	Deutliche Entlastung, nur noch 20% der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen müssen bezahlen (vorher: 33%).

Tabelle 1: Berechnungen des BAKOM unter Berücksichtigung der Entwicklung der Haushalte (und Unternehmen) für das Jahr 2029

² [SRG konkretisiert Transformationspläne und den geplanten Stellenabbau | SRG SSR](#)

Argumente des Bundesrats gegen die Initiative

- Die Mittel der SRG aus der Abgabe würden **halbiert**. Das geht dem Bundesrat zu weit.
- Der Bundesrat hat **bereits gehandelt**. Er will, dass die SRG nach wie vor in den Regionen verankert bleibt und in allen Sprachregionen ein gutes Angebot bereitstellen kann. Gleichzeitig schränkt er die SRG in finanzieller und programmlicher Hinsicht ein. Mehr wäre für den Medienplatz Schweiz schädlich.
- Bei Annahme der Initiative müsste die SRG aus Effizienzgründen viele Produktionsstandorte aufheben.
- Das Publikum hätte weniger Schweizer Inhalte zur Verfügung.
- Schweizer Kulturschaffende hätten geringere mediale Aufmerksamkeit. Davon wären alle Kulturbereiche betroffen: lokale Gesangsvereine, Orchester, die Schweizer Volks- und Pop-Musik, Schweizer Serien und Filme, aber auch Schweizer Literatur etc.
- Die SRG müsste in allen Sprachregionen **Arbeitsplätze abbauen**. Dies wären schätzungsweise 3000. Dazu käme ein Abbau in vergleichbarer Höhe in anderen Unternehmen: Diese Arbeitsplätze betreffen Autoren, Darstellerinnen, Produktionsfirmen der audiovisuellen Industrie, aber auch die Bauwirtschaft oder das Gastgewerbe.
- Weil die SRG vieles nicht mehr selber anbieten könnte, müsste das Publikum vermehrt **auf Bezahlangebote** in den Bereichen Unterhaltung und Sport **ausweichen**. Das verursacht Mehrkosten und ein Teil der Haushalte würde somit nicht entlastet.
- Die Fernsehprogramme der SRG sind wegen ihrer hohen Reichweite attraktiv um Werbungen zu schalten. Ein reduziertes Angebot hätte geringere Reichweiten zur Folge. Die Werbegelder würden vermehrt an reichweitenstarke Streamingplattformen im Ausland fliessen.

Weitere Informationen:

[Botschaft zur Volksinitiative «200 Franken sind genug! \(SRG-Initiative\)»](#)